

Volks-Zeitung

Die Verlegung der Berliner Universität.

Persönliche Erinnerungen an den am 20. Oktober 1908 verstorbenen Friedrich Althoff erzählt Professor Dr. John W. Burgess, der Dean der Columbia-Universität in New-York und erste Berliner Hoover-Professor, in der demnächst erscheinenden Internationalen Wochenchrift. Als der Plan eines internationalen Gelehrten-Austausches die beiden nahe zusammengeführt hatte, entwickelte der schon schwachranke Althoff seinen amerikanischen Gäste hoch oben auf der Burg Schönha bei Meran seine Zukunftsträume. Sie drehten sich um die Förderung des Interesses und der Wissenschaft, besonders die Frage der Weiterentwicklung des Gelehrtenaustausches. Eingehend sprach Althoff über seinen Wunsch, die Berliner Universität aus dem Zentrum der Stadt nach Dahlem, dem geräumigen Bezirk zwischen Steglitz und dem Grünewald, zu verlegen; deshalb interessierte er sich in hohem Maße für die Folgen der Verlegung der Columbia-Universität aus der Mitte der Stadt New-York in ihr gegenwärtiges Heim auf der Höhe am Ufer des Hudson. Als er erfuhr, daß die Verlegung angeblich nur die allergeringste Wirkung gehabt hätte, schien er sehr befriedigt zu sein. Der Plan, die Berliner Universität nach Dahlem zu verlegen, war Herrn Althoff sehr ernst.

Selbst Herr Wisniewski in deutschen Reichstage in seiner Aut über eine vermeintlich zu hohe Einschätzung zur Wiesener das Wort von der „Defaptialisierung“ Berlins gesprochen, mit der er die Stadtoberverwaltung und die Reichshauptstadt zu befragen gedachte, seit der Zeit - Anfang der achtziger Jahre - ist es das unzweideutige Betreten der preussischen Reaktion, der Stadt Berlin nach Möglichkeit alles zu nehmen, was ihr Ansehen und ihren Glanz als Hauptstadt zu steigern geeignet ist. Abgesehen davon, daß die Reaktion ein Groß-Berlin als Verwaltungseinheit grundsätzlich nicht zu Stande kommen läßt; abgesehen davon, daß sie Berlin durch den Städtegrüßer der Vororte finanziell-politisch auf schwere Schicksal; abgesehen davon endlich, daß, wie bekannt, auch sonst allmählich gediegt, um Berlins Stellung herabzubringen, sind schon die bedeutendsten öffentlichen Institute aus Berlin herausgenommen worden. Mit dem Volkstheater hat man den Anfang gemacht. Es hat, wie erinnerlich, Waage und Not gelotet, die förmliche Bibliothek in Berlin zu befragen. Die Althoff gleichfalls sehr nach Dahlem verlegt hätte. Daß er auch die Universität aus Berlin herausbringen wollte, das sollte allerdings ganz in das herrschende reaktionäre System. Nun, was nicht ist, kann noch werden. Hat man seit Jahrzehnten die Lehrerseminare in die abgelegenen Provinzorte abgesehen, damit sie bewahrt bleiben vor dem verderblichen Aufschwung der fünfzig Städte, warum soll man dies Schicksal nicht auch der Berliner Universität bereiten? Hinter kein zum Beispiel gibt es noch viel Baugrund - warum muß es gerade Dahlem sein? - und wenn die Havel auch sein Hudson River ist, so ist doch die Hauptfrage, daß die höchste Bildungshöhe der preussischen Lande den fünfzigsten Berlins, des Sündenbalds, entridt werde!

Stürtz Wilow in Berlin.

Der Besuch des Fürsten Wilow am Berliner Hofe hängt nicht mit der gelrigen Konfirmation der Prinzessin Victoria Marie zusammen. Vielmehr sind der Fürst und die Fürstin Wilow auf Grund einer Abmachung die Einbindung ins Hofkaiserin hier angekommen. Diese Einbindung ist, wie das „Gamb. Fremdenbl.“ aus völlig sicherer Quelle erfahren haben will, erst ganz kürzlich ergangen. Das Hamburger Blatt selbst sieht darin, die planvolle Antwort des Kaisers auf die Konfirmationsfeierlichkeiten, die die Fürstin Wilow gegen den Fürsten und über dessen Verhalten anlässlich der Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ die reaktionäre Presse hat, wie bekannt, nach dem Rücktritt des Fürsten Wilow den Besuch gemacht, ihn zu diskreditieren, indem sie behauptete, daß er in den Novemberbeobachten die Öffentlichkeit angezogen und an dem Kaiser die Verleumdung verübt habe. Es ist selbstverständlich, daß eine Begegnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Wilow unmöglich gewesen wäre, wenn diese gegängigen Behauptungen sich als wahr erwiesen hätten.

Das Verfahren gegen Bruhn.

Bei den Hausdurchsuchungen, die in den Männen des Verurteilten Standbilds „Abahrt“ vorgenommen wurden, sind, wie wir berichteten, auch die Reste von verbranntem Papier beschlagnahmt worden. In diesen befand sich, wie weiter gemeldet wird, das halberbrannte Manuskript eines Verfalls gegen die Berliner Polizei, das Bruhn wahrscheinlich im letzten Moment noch vernichten wollte. Es sei hierbei daran erinnert, daß in der „Abahrt“ vor kurzer Zeit von angeblich „eingeweihten Kreise“ sprach, persönlich gehaltene Angriffe gegen die Berliner Kriminalpolizei erschienen, über deren Urheberhaftigkeit im Polizeipräsidium eine Untersuchung eingeleitet wurde, ob es damals gelang, den Verfall zu ermitteln. Das halberbrannte Manuskript wurde sorgsam georgen; es soll dem Gerichtsherrn Dr. Jegerich zur Unterstüzung übergeben werden. Auch die an anderen fünf Stellen vorgenommenen Hausdurchsuchungen lieferten Material. Es wurde bei zwei Bankiers im Westen Berlins, bei einem Gelehrten im Zentrum und bei zwei Berliner Geschäftsmännern nach Korrespondenzen der Expedition der „Abahrt“ geforscht, als deren Verfasser offiziell der Bruder Wilhelm Bruhn, Paul Bruhn, figurierte. Im Interesse der Untersuchung ist es erwünscht, daß sich alle die Personen melden, die sich durch Angriffe der „Abahrt“ geschädigt fühlen.

Der Schaaf-Projekt in Sicht?

Gegen den nach Teinlebachs dringenden Herrn Schaaf, der durch seine Mitgabehaft immer noch den deutschen Reichstag dominiert und seine Schamlosigkeit mit den Schlegelheiten eines Volksvertreters für vereinbar hält, hatten ursprünglich nicht weniger als drei junge Mädchen Strafantrag gestellt, weil Schaaf sie mit seinen perverlen Zuminungen beleidigt hatte. Das geht aus einer Darstellung der deutsch-sozialen Blätter hervor. Dort wird berichtet, der Freund Schaafs, Reichstagsabgeordneter Raab, habe geglaubt, Schaaf und seiner Familie, die gesundheitslich nachteiligen Gedanken an eine eigenliche zwölftose Gerichtsverhandlung (Schon gelangt Red. der „Berl. Volks-Ztg.“ möglichst bald nehmen zu sollen).

Zugewandt unterzucht er den seinen Mitgang zu den drei Damen bei zweiermal ist ihm nicht, die gestellten Strafanträge zu „beilegen“. Diese beiden Damen, so erzählen die „Deutsch-sozialen Blätter“, waren zwar durch die bekannten Briefe peinlich genug berührt, nachdem ihnen und ihren Angehörigen jedoch die Sachlage klar geworden war, zogen sie die bereits gestellten Strafanträge zurück. Bei der dritten dem hiesigen Raab seinen Erfolg aus der Darstellung der „Deutsch-sozialen Blätter“ geht hervor, daß Raab das Schreiben an die Staatsanwaltschaft, in dem die Zurückziehung des Strafantrages mitgeteilt wird, bereits zu Hause aufgesetzt hatte, so daß die Mädchen nur zu unterschreiben brauchten.

Als wird dank der erstreckten Elandhaftigkeit der jungen Dame der Prozeß Schaaf-Raab fallen, und diesem Verlecher von antisemitischer Stimmung die Waage auch an Gerichtstisch vom Gesicht gerissen werden, trotz der aufopfernden Tätigkeit des schließlich abgebliebenen Herrn Raab, dessen Vorfremund Schaaf dem Wahlkreise Gienach und seinen der Antisemiterei zu erhalten. Denn darauf läuft die ganze Schaaf-Weltener an letzten Ende hinaus.

Der unstarke Liberalismus.

Der Reichstagsabgeordnete Albert Traeger veröffentlicht in „Berl. Anzeiger“ einen Artikel „Und immer wieder Das Wahlsystem“, den der alte Fortschrittsskämpfer mit den Worten schließt:

Man sieht deutlich, wohin die Fahrt geht, und also muß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen die Parole für die nächsten Wahlen zum Reichstag sein, die auch für Preußen ausgleichende Bedeutung gewinnen können. Denn der der bekannteren hiesigen, mit welcher in dortigen Ministerien derartige Vorarbeiten werden, läßt sich kaum annehmen, daß bis zu diesen Wahlen der gegenwärtige, vielleicht auch schon ein anderer Reformminister über die von der letzten Chronik angeordnete Vorlage sich schlüssig gemacht. Weil-länge sind die Vorarbeiten schon seit zwanzig Jahren im Gange. Der jener Parole zu folgen gewillt, dürfte allerdings seinen Plan in der nächsten Wahlperiode zu verwirklichen, doch bis zu diesen Wahlen der gegenwärtige, vielleicht auch schon ein anderer Reformminister über die von der letzten Chronik angeordnete Vorlage sich schlüssig gemacht. Weil-länge sind die Vorarbeiten schon seit zwanzig Jahren im Gange. Der jener Parole zu folgen gewillt, dürfte allerdings allerdings seinen Plan in der nächsten Wahlperiode zu verwirklichen, doch bis zu diesen Wahlen der gegenwärtige, vielleicht auch schon ein anderer Reformminister über die von der letzten Chronik angeordnete Vorlage sich schlüssig gemacht. Weil-länge sind die Vorarbeiten schon seit zwanzig Jahren im Gange.

Und wiederum einmal: Auf die Schanzen! Das deutsche Volk hat schon eine neue Probe seiner unerschütterlichen Beständigkeit abgelegt. Sollte es nun den nach oben gerichteten Blick heben, vom Himmel auf die Erde, wo so interessante und folgen-schwere Ereignisse seine volle Aufmerksamkeit herausfordern. Die Jahre aber hat es oben gewonnen, doch zum Göttingen das starr System das zuverlässig ist, möge der Liberalismus endlich hart werden!

Es ist bekannt, daß Albert Traeger, in dem sich nach die besseren Traditionen der einstigen Fortschrittspartei verkörpert finden, mit seinem wirtlich schlichten und auf-richtigen Eintreten für die Übertragung des Reichstagswahl-rechts auf Preußen in der Sorge der Parteileuchten sich wie ein weisses Wad ausnimmt. Den „Staatsmännern“ der Partei erregt er mit dieser Gleichheit nur bestemmende Ge-fühle, da die unwillkommenen Traegerischen Mahnungen ge-genfind sind, ihnen das Wohlwollen der Konservativen zu ver-fürdern und ihnen den Rückweg zur alten Wohlherlichkeit abzu-schneiden. Am so erfreulich und für Albert Traeger ehrenvoller ist es unter solchen Umständen allerdings, daß er in der Wahlrechtsfrage das alte demokratische Prinzip vertritt, in dem er sich distanzieren von den Wählern und Wählenden der-biamierten Wiederholung als Parteileute versucht werden!

Bürger- und Kapellmeister als Angeklagte.

Vom Landgerichte Saumburg a. S. war am 6. Mai der Bürgermeister von Kösen als Kurdirigent und der Kapellmeister der Kösen-Kapelle wegen Verletzung des Urheber-rechts zu Geldstrafen, der Bürgermeister auch zu einer Woche, verurteilt worden. In den Konzerten der Kapelle waren wiederholt Stücke von Autoren gespielt worden, die ihre Rechte der Gewissen-schaft deutscher Tonsetzer in Berlin übertragen hatten. Eine Ver-einbarung zum Spieren war nicht eingetrotten. Das Gericht war der Meinung, die Angeklagten hätten mindestens bei der Möglich-keit werden müssen, daß die Stücke gespielt worden. Da der Bürgermeister sich die Programme vor der Veröffentlichung vorlegen ließ und Gericht an, daß er ebenso wie der Kapellmeister Verantwortlich der-unberechtigten Aufführung war, auch wenn ein genehmigter Zwed bei den Aufführungen angenommen, da die Kurmittel dazu

nicht, Aurgäste anzusehen und sie, die eine Kartage zahlen, zu unter-halten.

Die Revision des Bürgermeisters, der befristet, Verantwortlich ge-wesen zu sein, da Wände keine Befehle seien und auch Aurgäste manchmal Wände auferten, wurde, wie man aus Leipzig berichtet, gestern vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

Schon wieder ein Liebesdienst!

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat das Berliner Polizei-präsidium den Russen Witski, richtig Simeon Wschakow Ter Petrofianez, am 4. Oktober 1909 von Berlin an die russische Grenze geschafft und dort der russischen Polizei, die vorher beach-richtigt war zur weiteren Veranlassung“ übergeben. Wenn die preussische Polizei „lästige Ausländer“ los sein will, so darf sie sie ausweisen. Wohin sich die Ausge-wiesenen wenden wollen, das möge aber die Polizei ihnen selbst überlassen. Daß sie die Ausgewiesenen den russischen Beamten in die Hände spielt, das hat schon früher in ähn-lichen Fällen die stärkste Enttäuschung in allen human empfin-denden Kreisen erregt. Von solchen „Liebesdiensten“ sollte sich die preussische Polizei endlich ein für allemal enthalten. Sie stehen zu dem allgemeinen Rechtsempfinden in schreiendem Gegensatz und gereichen einem Kulturstaat nicht zum Ruhme.

Die spanische Mordjustiz.

Ein Rechtfertigungsbericht Manras. In der spanischen Deputiertenkammer wird gestern der Führer der Liberalen Muret die mit Spannung erwartete Anklagerede gegen die jetzige Regierung, auf die der Ministerpräsident Maura erwiderte. Der offizielle Trakt berichtet darüber aus Madrid:

Der Führer der Liberalen Muret sagte die Frage Spaniens aneinander, das einen Krieg zu führen habe und jetzt sein-digen Kundgebungen in Russland ausgelegt ist. Muret sagte dar, daß die Erhebungen in Barcelona und anderen Gegenden durch den unpopulären Krieg verursacht seien. Die Regierung habe weder die Ereignisse vorher-zusehen noch sie zu leiten vermocht. Dem Kriegs-minister muß er vor, die Truppen aus Barcelona und anderen Orten gerade in den kritischen Zeiten weggenommen zu haben, um sie nach Melilla zu senden. Muret machte ferner der Regierung zum Vorwurf, den Feldzug in Melilla unternommen zu haben, ohne daß das Land etwas von den Wämen erfahren habe und betragte, die Regierung solle demütigen, daß dieser Feldzug auf Drängen Frankreichs unternommen sei. Ferner solle die Regierung die im Auslande durch die Entsendung der 40.000 Mann entlassene Wehrmacht zu zerstreuen. Zu dem Ministerpräsidenten Maura gerichtet viel Muret mit erhabener Stimme: Sie haben das Ver-trauen des Landes verloren. Sie müssen Maßnahmen treffen, um Ihre Regierung durch eine andere zu ersetzen, die sagt ist, das Land zu bannen, von dem das Land jetzt heim-gelacht wird.“

Die Rede Murets wurde von den Liberalen mit lebhaftem Bei-fall begrüßt. Daraus ergab sich der Ministerpräsident Maura des Wort. Er führte aus, die Regierung habe ihre Pflicht erfüllt und werde dies auch weiter tun. Sie werde die Macht niederlegen, sobald sie glaube, dem Lande nicht mehr nützlich zu sein. Maura sagte lobend die Politik in Marroko zu rechtfertigen und erklärte, Spanien habe nach den Abzug des Hochs für die Rolle bei Melilla sorgen müssen. Der Gang der Ereignisse hätte gezeigt, daß ein Rückzug ein ein Selbstmord gleichkommend wäre. Spanische Arbeiter seien ermordet worden, und General Marina habe die Schuldigen strafen müssen, da der Sultan nicht getan habe, um seine Autorität zur Geltung zu bringen. Die Worte übten der der Befehung von Melilla und Gabs bei Kana die erforderliche Mit-teilung erhalten und sie gutgeheißen. Warum sollte man jetzt da-gegen protestieren?

Zu weiteren Verlauf seiner Rede wies Maura die Anklagen der Antimilitaristen zurück, die behaupteten, daß die Truppen nach Melilla geschickt worden seien, um die Interessen der Privatgüternbesitzer zu verteidigen. Maura sagte ferner, man habe die Möglichkeit der Truppen bemut, um die Ge-fährde des Anarchismus zu beseitigen. Der Ministerprä-sident legte dann die Vorgänge bei den Unruhen in Barcelona und in anderen Gegenden dar und führte die zu ihrer Befähigung getroffenen Maßnahmen an. Er werde als Ministerpräsident so-lange die Macht behalten, als die öffentliche Meinung ihn unter-stütze. Eine Gegenrede, deren Willen langum, wurde die öffentliche Meinung bei den nächsten Wahlen finden.

Die Ausführungen Manras wurden von Protesten der Oppositionellen und Befreiungsgruppen der Regierungspartei begleitet. Darauf wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Man muß bedenken, daß die spanische Regierung mit der größten Schärfe und Rigorosität vorgeht; man erklärt dabei aus dem offiziellen Bericht nicht über die Anklagen, die der Führer der Liberalen Muret gegen die Regierung gerichtet hat. Der Ministerpräsident Maura hat es über-haupt überlassen, auf den an Francisco Ferrer verübten Aufstand einzugehen. Und eine solche Rede, die sich nur auf einige Gemütspele beschränkt, nennt man eine Rechtfertigung der Regierungspolitik!

Weitere Ferrer-Kundgebungen.

Der Vorstand des Goethe-Bundes plant eine Ferrer-Kundgebung. Der Vorstand tritt heute abend zu einer Sitzung zusammen. In dieser soll über Form und Inhalt der Kundgebung Beschluß gefaßt werden.

Wie aus Duisburg berichtet wird, protestierte dort eine von der Demokratischen Vereinigung einberufene Volksver-sammlung nach einem Referat Dr. Breitfeldts gegen die Ge-